

Erster Blockierer vom 19. Februar freigesprochen

SZ 16.12.2011

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2939319>

Dresden. Mit einem Freispruch endete nun am Amtsgericht Dresden ein Prozess gegen einen 40-jährigen Lehramtsstudenten aus Berlin. Der Mann musste sich wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten. Laut Anklage hatte er am 19. Februar eine Straße blockiert, in der ein Aufmarsch von Rechtsextremisten geplant war.

Der Angeklagte sagte, er habe zwar an mehreren Orten in Dresden gegen Nazis demonstriert, sich an der fraglichen Stelle die Blockade am Nachmittag jedoch nur angesehen. Dann sei er von Polizisten aufgefordert worden, sich zu den Blockierern zu begeben – unmittelbar danach sei er mit Hunderten anderen eingekesselt worden.

Richter Thomas Hassel sprach von einer Einzelfall-Entscheidung ohne Präzedenzwirkung. Hunderten Blockierern war es gelungen, aus dem Kessel der Polizei auszubrechen und zu flüchten. (lex)

Stadtjugendring beteiligt sich an Aktionen am 13. und 18. Februar

SZ 16.12.2011

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2939546>

Der überparteiliche Dachverband fordert ein klares Zeichen für Toleranz und Demokratie.

Der Stadtjugendring Dresden als überparteilicher Dachverband hat den Mitgliedern der Arbeitsgruppe 13. Februar seine Unterstützung bei den Aktionen am 13. und 18. Februar 2012 zugesichert. Die 17 Vereine im Stadtjugendring begrüßen ausdrücklich den bisher in der Arbeitsgemeinschaft 13. Februar erreichten Konsens.

„Bei solchen Angeboten wird mir das Herz ganz warm“, sagt AG-Moderator Frank Richter. Er sei auch dankbar, dass es eine große Bereitschaft bei den Mitgliedern gebe, ausreichend Ordner für die die beiden geplanten Veranstaltungen bereitzustellen. Der Polizeipräsident habe zudem eine Sicherheitspartnerschaft signalisiert. Die gemeinsame Kundgebung am 18. Februar in Hör- und Sichtweite zu den Nazidemonstrationen soll wahrscheinlich in den Mittagsstunden stattfinden. Gedacht sei an eine einstündige Veranstaltung. Sie werden wahrscheinlich gemeinsam mit einer Agentur vorbereitet. Für Details sei es aber noch zu früh.

Die AG habe drei bekannte Künstler angeschrieben, von ihnen aber noch keine schriftliche Antwort erhalten. Für Moderator Frank Richter stehe jedoch fest: „Prominenz sind die Dresdner“, das sei die eigentliche politische Botschaft.

Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert wollte gestern noch keine Aussagen zu Anmeldungen für rechtsextremistische Demonstrationen machen. In der Regel geschehe dies erst wenige Tage zuvor. Sollte es keine Demonstrationen geben, sei das der größte Erfolg der demokratischen Kräfte. (SZ/kle)

Motto für 13. und 18. Februar steht fest

SZ online 15.12.2011

<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2938543>

Dresden. „Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe“ - unter diesem Motto sind die Dresdner aufgerufen, ein Zeichen gegen die am 13. und 18. Februar geplanten Neonazi-Aufmärsche zu setzen. Der Leitspruch wurde unter 100 Einsendungen ausgewählt. „Wir haben uns gemeinsam entschlossen, unsere Stadt in Schutz zu nehmen“, sagte Frank Richter von der Arbeitsgruppe „13. Februar“ am Donnerstag. Die Stadt hatte dazu aufgerufen, Vorschläge einzureichen.

Menschenkette um die Altstadt

Es gebe im kommenden Jahr zwei Brennpunkte, sagte Richter. Am 13. Februar - dem Jahrestag der Zerstörung Dresdens im Zweiten Weltkrieg - stehe das Erinnern und Gedenken im Vordergrund. Geplant ist eine Menschenkette, die einen großen Kreis um die Altstadt und bis zum Königsufer auf der anderen Elbseite bildet. Da im kommenden Jahr der 13. Februar auf einen Montag fällt, wird die geplante Großkundgebung in Sicht- und Hörweite der Rechtsextremen auf den folgenden Sonnabend - den 18. Februar - verschoben. „An diesem Tag wehrt sich die Stadt gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, erklärte Richter.

Mit den Aktionen setzen zum ersten Mal bürgerliche Parteien, Vereine, Verbände und Kirchen gemeinsam ein Zeichen gegen Rechts. Seit Jahren wird der Jahrestag der Zerstörung Dresdens immer wieder durch Aufmärsche von Rechten und Randalen überschattet, in den letzten Jahren wurden die Neonazis aber stets blockiert. (dpa)

AG 13. Februar gibt Motto bekannt: „Mit Mut, Respekt und Toleranz – Dresden bekennt Farbe“

DNN online 15.12.2011 Dominik Brüggemann

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/AG-13-Februar-gibt-Motto-bekannt-Mit-Mut-Respekt-und-Toleranz-Dresden-bekannt-Farbe-577690205>

Dresden. Die AG 13. Februar hat am Donnerstag ihr Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe“ bekanntgegeben. Unter diesem Leitspruch sollen sich am 13. Februar die Bürger der Stadt zu einer Menschenkette zusammenschließen und auch am 18. Februar friedlich und gewaltfrei Widerstand gegen Rechtsextremismus leisten. Dabei hoffen die Organisatoren auf zahlreiche Unterstützer, die in Sicht- und Hörweite den Rechtsextremen entgegentreten.

„Wir haben uns gemeinsam entschlossen, die Gesellschaft in Schutz zu nehmen“, sagte Frank Richter, Moderator der AG und Direktor der Landeszentrale für politische Bildung. In den vergangenen Monaten hatte sich auf Einladung der Oberbürgermeisterin, Helma Orosz (CDU), ein breites Bündnis aus den Fraktionen des Stadtrates, Vertretern der Wirtschaft, Kunst, Kultur, Sport, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften zusammengetan. „Die unterschiedlichen Positionen sind nicht verwischt worden“, berichtete Richter von der Zusammenarbeit innerhalb der AG und

der Untergruppen. Vielmehr habe man es geschafft, die Gemeinsamkeiten in den Gruppen hervorzuheben.

Die Arbeitsgruppe stellte weiter klar, dass am 13. Februar das Erinnern an die Bombardierung der Stadt im Jahr 1945 im Vordergrund stehe. Der 18. Februar stünde für etwas ganz anderes und könne jeden Tag im Jahr stattfinden. „Die Stadt wehrt sich hier gegen Rechtsextremismus und Gewalt“, erklärte Richter. Zu welchem Zeitpunkt und an welchem Ort Neonazis sich an diesem Tag versammeln, sei noch nicht bekannt. Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren hätten gezeigt, dass in den letzten sieben Tagen die meisten Anmeldungen für Demos eingingen. Für Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) steht deshalb fest: „Wir wissen, wir haben noch viel zu tun und ich hoffe, wir werden ein starkes Signal für Toleranz setzen.“ Er lobte unterdessen auch die Mitarbeiter der Initiativen, die sich nicht nur an diesen Tagen für Frieden und Demokratie engagierten. Das Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe“ hatten die Organisatoren durch einen Aufruf Anfang Dezember gefunden. Knapp 100 Zuschriften seien eingegangen. „Ich freue mich, dass sich so viele beteiligt haben, ein gemeinsames Motto zu finden“, so Richter. Dies zeige, dass die AG auf dem richtigen Weg sei, zusammen ein klares Zeichen gegen Gewalt und Rechtsextremismus setzen.

"Mit Mut, Respekt und Toleranz" gegen Nazi-Aufmärsche

mdr 15.12.2011

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/mottogedenken100.html>

Unter dem Motto "Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe" wollen die Dresdner am 13. und 18. Februar gegen die Neonazi-Aufmärsche in der Stadt protestieren. Wie das Gremium mitteilte, wurde der Slogan von einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe aus knapp 100 Einsendungen kreiert. Der Chef der Landeszentrale für Politische Bildung, Frank Richter sagte dem MDR, die Dresdner und ihre Gäste bräuchten Mut, um an beiden Tagen auf der Straße Farbe zu bekennen gegen rechtsextremes Gedankengut. Respekt und Toleranz seien innerhalb der demokratischen Kräfte nötig, um trotz unterschiedlicher Ansichten gemeinsam ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen zu können.

Erinnern und Gedenken am 13. Februar

Für den 13. Februar ist wieder eine Menschenkette geplant, wobei die Teilnehmer erneut eine weiße Rose tragen. An diesem Tag steht das Erinnern und Gedenken im Vordergrund. Dresdens Altstadt war am 13. Februar 1945 bei Luftangriffen der Alliierten zerstört worden.

Die genaue Zahl der Todesopfer ist nicht bekannt, liegt nach Erkenntnissen von Wissenschaftlern zwischen 22.000 und 25.000 Menschen. Rechtsextreme missbrauchen seit Jahren die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke.

Arbeitsgruppe ruft nicht zu Blockaden auf

Die Stadt rechnet derzeit damit, dass Neonazis am 18. Februar aufmarschieren werden. Für diesen Tag ist eine Großkundgebung in Hör- und Sichtweite der Rechtsextremen geplant. "An diesem Tag wehrt sich die Stadt gegen Rechtsextremismus und Gewalt", erklärte Richter. Demokratische

Parteien, Vereine, Verbände und Kirchen wollen gemeinsam ein Zeichen gegen Rechts setzen. Richter betonte, man rufe aber nicht zu Blockaden der Neonazi-Aufmärsche auf.

Unter Federführung des Bündnisses "Dresden nazifrei" wurden in der Vergangenheit die Aufmärsche der Neonazis blockiert und damit letztendlich verhindert. In diesem Jahr eskalierte die Situation, bei den Einsätzen und Blockaderäumungen am 19. Februar wurden nach Angaben des sächsischen Innenministeriums mehr als 100 Polizisten verletzt. Linksextreme bewarfen die Beamten mit Steinen und Feuerwerkskörpern. Gerichte hatten zuvor die Neonazi-Märsche für rechtens erklärt.

Urteil des Amtsgerichts: 1. Freispruch für Sitzblockierer!

Bild online 15.12.2011 Von BERNHARD SCHILZ

<http://www.bild.de/regional/dresden/amtsgerichte/erster-freispruch-fuer-sitzblockierer-21589746.bild.html>

Dresden – Unglaublich! Freispruch im ersten Sitzblockierer-Prozess.

Dieses Urteil des Amtsgerichts hat garantiert Symbolwirkung! Das linke Bündnis „Nazifrei“ feierte den Entscheid bereits als Legitimierung der Sitzblockaden.

Karsten S. (41) sollte 450 Euro Strafe zahlen, weil er auch nach der dritten Aufforderung den Fritz-Löffler-Platz nicht räumte. Dagegen legte der Lehramtsstudent Widerspruch ein und hatte Erfolg.

Er hatte zwar eingeräumt, gegen Nazis demonstriert zu haben. „In den Polizeikessel bin ich aber gegen meinen Willen geraten“, sagte er.

Richter Thomas Hassel (48) sprach den Angeklagten frei: „Es gab keine Beweise, dass er überhaupt wissentlich und willentlich blockiert hat und es ist nicht auszuschließen, dass er einfach in die Polizeiumschießung hineingeraten ist.“

Das Urteil sei aber kein Freibrief. Der Richter sagt: „Blockaden bleiben eine strafbare Handlung. Die in diesem Einzelfall nicht nachgewiesen werden konnte.“ Eine Watsche für die Polizei.

Denn die konnte die Tat nicht belegen, das lag auch an der fehlenden Video-Dokumentation der Blockadeaktion. Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll sieht die Entscheidung gelassen: „Wir haben so gut wie möglich gearbeitet.“

Übrigens: Nächste Woche fällt das Urteil im zweiten Sitzblockierer-Prozess gegen Student Daniel H. (22).

Der Staatsanwalt fordert gerade einmal 150 Euro Geldstrafe – auf Bewährung! Gut möglich, dass es aber wieder ein Freispruch wird.

Pressespiegel vom 16.12.2011

Sächsische Zeitung

Erster Blockierer vom 19. Februar freigesprochen

Dresden. Mit einem Freispruch endete nun am Amtsgericht Dresden ein Prozess gegen einen 40-jährigen Lehramtsstudenten aus Berlin. Der Mann musste sich wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verantworten. Laut Anklage hatte er am 19. Februar eine Straße blockiert, in der ein Aufmarsch von Rechtsextremisten geplant war.

Der Angeklagte sagte, er habe zwar an mehreren Orten in Dresden gegen Nazis demonstriert, sich an der fraglichen Stelle die Blockade am Nachmittag jedoch nur angesehen. Dann sei er von Polizisten aufgefordert worden, sich zu den Blockierern zu begeben – unmittelbar danach sei er mit Hunderten anderen eingekesselt worden.

Richter Thomas Hassel sprach von einer Einzelfall-Entscheidung ohne Präcedenzwirkung. Hunderten Blockierern war es gelungen, aus dem Kessel der Polizei auszubrechen und zu flüchten. (lex)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Erster_Blockierer_vom_19_Februar_freigesprochen/articleid-2939319

Viele Unterstützer für Dresdens Proteste gegen Rechts im Februar

Alle Mitglieder des Stadtjugendrings fordern ein klares Zeichen für Toleranz und Demokratie.

Der Stadtjugendring Dresden als überparteilicher Dachverband hat den Mitgliedern der Arbeitsgruppe 13. Februar seine Unterstützung bei den Aktionen am 13. und 18. Februar 2012 zugesichert. Die 17 Vereine im Stadtjugendring begrüßen ausdrücklich den bisher in der Arbeitsgemeinschaft 13. Februar erreichten Konsens.

„Bei solchen Angeboten wird mir das Herz ganz warm“, sagt AG-Moderator Frank Richter. Er sei auch dankbar, dass es eine große Bereitschaft bei den Mitgliedern gebe, ausreichend Ordner für die die beiden geplanten Veranstaltungen bereitzustellen. Der Polizeipräsident habe zudem eine Sicherheitspartnerschaft signalisiert. Die gemeinsame Kundgebung am 18. Februar in Hör- und Sichtweite zu den Nazidemonstrationen soll wahrscheinlich in den Mittagsstunden stattfinden. Gedacht sei an eine einstündige Veranstaltung. Sie werden wahrscheinlich gemeinsam mit einer Agentur vorbereitet. Für Details sei es aber noch zu früh.

Die AG habe drei bekannte Künstler angeschrieben, von ihnen aber noch keine schriftliche Antwort erhalten. Für Moderator Frank Richter stehe jedoch fest: „Prominenz sind die Dresdner“, das sei die eigentliche politische Botschaft.

Dresdens Erster Bürgermeister Dirk Hilbert wollte gestern noch keine Aussagen zu Anmeldungen für rechtsextremistische Demonstrationen machen. In der Regel geschehe dies erst wenige Tage zuvor. Sollte es keine Demonstrationen geben, sei

das der größte Erfolg der demokratischen Kräfte. (SZ/kle)
<http://www.sz-online.de/nachrichten/artikel.asp?id=2939556>

Datenschützer besorgt über Zunahme an Überwachungen

Wie weit sind wir 2011 von George Orwells 1984 entfernt? Datenschützer registrieren eine zunehmende Überwachungswut.

Dresden. Immer mehr Einrichtungen in Sachsen überwachen ihr Gelände mit Videotechnik, auch Bürger observieren Nachbars Garten schon mal mit versteckter Kamera: Für den sächsischen Datenschutzbeauftragten Andreas Schurig ist das Grund zur Sorge. Bei der Vorstellung seines Tätigkeitsberichtes 2009/2010 nannte er am Freitag in Dresden viele Beispiele, die nicht mit dem Gesetz im Einklang stehen.

Mitunter agieren die Beobachter einfallsreich. Schurig schilderte einen Fall, bei dem die Kamera in einem Vogelhäuschen getarnt war, das sich mit einer Angelsehne bewegen ließ. Allerdings blieb das schwenkbare Vogelhäuschen einem gegenüberliegenden Polizeirevier nicht verborgen. Sobald öffentlicher Verkehrsraum mit erfasst ist, ist solche Überwachung unzulässig.

Aus diesem Grund ist auch die Außenkamera eines Nachtclubs rechtswidrig, wenn sie die nahegelegene Kreuzung mit abdeckt. Schurig sprach von einer deutlichen Zunahme von Überwachungsmaßnahmen durch öffentliche und private Stellen.

Die SPD im Landtag stellte einen Zusammenhang mit dem Personalabbau bei der Polizei her. Die Zunahme der Videoüberwachung sei nicht nur der Tatsache geschuldet, dass die hierfür benötigte Technik immer weniger koste, hieß es. „Vielmehr haben anscheinend immer mehr Bürger und Unternehmen das Gefühl, sich auf diese Weise selbst gegen Straftaten absichern zu müssen, da die Polizeipräsenz immer mehr abnimmt.“

Handlungsbedarf sieht Schurig beim Internetauftritt der öffentlichen Verwaltung. In einem Fall sei eine Frau bei einer Scheidung mit Namen, Geburtsdatum und vollständiger Adresse im Amtsblatt und dann im Internet aufgetaucht. Gerade bei weltweiten Veröffentlichungen über das Internet sei in besonderer Weise Selbstkontrolle der Verwaltung vonnöten. Schurig will Verstöße gegen den Datenschutz vermehrt mit Bußgeldern ahnden. Im privaten Bereich wurden in den beiden Vorjahren 24 Verfahren eingeleitet (2007/2008: 16) und 24 000 Euro kassiert.

Personalausweis nicht als Pfand

Schon seit dem 1. November 2010 ist es nicht mehr zulässig, den Personalausweis als Pfand an der Einlasskontrolle einer Firma oder einer Einrichtung einzufordern. Für den Landtag gilt allerdings eine Ausnahme: Der Landtagspräsident übt neben dem Hausrecht auch das Polizeirecht aus, stellte Schurig klar. In sächsischen Ministerien gilt das aber nicht, dort müssen keine Ausweise mehr hinterlegt werden.

Die Linken verlangten am Freitag eine vollständige Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten und verwiesen dabei - wie zuvor schon Schurig selbst - auf eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes vom März 2010. Demnach

sollen die den Datenschutz überwachenden Behörden keiner staatlichen Kontrolle unterworfen sein. Bei Schurig besteht wegen der Dienstaufsicht noch immer eine Abhängigkeit.

Die umstrittene Funkzellenabfrage, mit der sächsische Ermittlungsbehörden nach den Gewaltexzessen am Rande der Dresdner Neonazi-Aufmärsche im Februar massenhaft Handydaten erhoben und ausgewertet hatten, spielte am Freitag nur am Rande eine Rolle. Sie soll Gegenstand des nächsten Berichtes sein.

Schurig hatte der Polizei und Justiz vorgeworfen, sich nicht an Recht und Gesetz gehalten zu haben. Der Datenschützer will erreichen, dass die Betroffenen schriftlich informiert werden, wenn Daten über sie erhoben werden. Seine Frist für eine Stellungnahme des Landeskriminalamtes und der Staatsanwaltschaft Dresden läuft am Jahresende aus. Schurig geht davon aus, dass „sehr viele Briefe“ fällig sein werden. (dpa)

http://www.sz-online.de/Nachrichten/Sachsen/Datenschuetzer_besorgt_ueber_Zunahme_an_Ueberwachungen/articleid-2939711

Dresdner Neueste Nachrichten

AG 13. Februar gibt Motto bekannt: „Mit Mut, Respekt und Toleranz – Dresden bekennt Farbe“

Dominik Brüggemann

Dresden. Die AG 13. Februar hat am Donnerstag ihr Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe" bekanntgegeben. Unter diesem Leitspruch sollen sich am 13. Februar die Bürger der Stadt zu einer Menschenkette zusammenschließen und auch am 18. Februar friedlich und gewaltfrei Widerstand gegen Rechtsextremismus leisten. Dabei hoffen die Organisatoren auf zahlreiche Unterstützer, die in Sicht- und Hörweite den Rechtsextremen entgetreten.

„Wir haben uns gemeinsam entschlossen, die Gesellschaft in Schutz zu nehmen", sagte Frank Richter, Moderator der AG und Direktor der Landeszentrale für politische Bildung. In den vergangenen Monaten hatte sich auf Einladung der Oberbürgermeisterin, Helma Orosz (CDU), ein breites Bündnis aus den Fraktionen des Stadtrates, Vertretern der Wirtschaft, Kunst, Kultur, Sport, Gewerkschaften und Religionsgemeinschaften zusammengetan. „Die unterschiedlichen Positionen sind nicht verwischt worden", berichtete Richter von der Zusammenarbeit innerhalb der AG und der Untergruppen. Vielmehr habe man es geschafft, die Gemeinsamkeiten in den Gruppen hervorzuheben.

Die Arbeitsgruppe stellte weiter klar, dass am 13. Februar das Erinnern an die Bombardierung der Stadt im Jahr 1945 im Vordergrund stehe. Der 18. Februar stünde für etwas ganz anderes und könne jeden Tag im Jahr stattfinden. „Die Stadt wehrt sich hier gegen Rechtsextremismus und Gewalt", erklärte Richter. Zu welchem Zeitpunkt und an welchem Ort Neonazis sich an diesem Tag versammeln, sei noch nicht bekannt. Die Erfahrungen aus den vergangenen Jahren hätten gezeigt, dass in den letzten sieben Tagen die meisten Anmeldungen für Demos eingingen. Für Bürgermeister Dirk Hilbert (FDP) steht deshalb fest: „Wir wissen, wir haben noch viel

zu tun und ich hoffe, wir werden ein starkes Signal für Toleranz setzen." Er lobte unterdessen auch die Mitarbeiter der Initiativen, die sich nicht nur an diesen Tagen für Frieden und Demokratie engagierten.

Das Motto „Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe" hatten die Organisatoren durch einen Aufruf Anfang Dezember gefunden. Knapp 100 Zuschriften seien eingegangen. „Ich freue mich, dass sich so viele beteiligt haben, ein gemeinsames Motto zu finden", so Richter. Dies zeige, dass die AG auf dem richtigen Weg sei, zusammen ein klares Zeichen gegen Gewalt und Rechtsextremismus setzen.

© DNN-Online, 15.12.2011, 22:57 Uhr

<http://www.dnn-online.de/web/dnn/politik/detail/-/specific/AG-13-Februar-gibt-Motto-bekannt-Mit-Mut-Respekt-und-Toleranz-Dresden-bekannt-Farbe-577690205>

Nach Anklage gegen Pfarrer Lothar König: Thüringer Fraktionschefs kritisieren sächsische Justiz

dpa

Erfurt. Die Fraktionschefs von SPD, Linken und Grünen im Thüringer Landtag haben das Vorgehen der sächsischen Justiz gegen den Jenaer Pfarrer Lothar König scharf kritisiert. Unter der Überschrift „Kein politischer Prozess gegen Lothar König" stellten sie am Freitag in Erfurt eine Erklärung vor, die bereits 30 Unterschriften vor allem von Thüringer Landtags- und Bundestagsabgeordneten trägt. In dem Schreiben heißt es, der Eifer der sächsischen Staatsanwaltschaft bei der Strafverfolgung des Pfarrers provoziere die gegen Rechtsextremismus engagierte Zivilgesellschaft. „Wir können nicht erkennen, dass die sächsischen Behörden mit gleicher Intensität Neonazis verfolgen", so die Politiker. Hintergrund sind die Ermittlungen zur Rolle Königs bei Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche am 19. Februar in Dresden.

|

In der vergangenen Woche war bekanntgeworden, dass die Staatsanwaltschaft in Sachsen gegen den Pfarrer Anklage wegen schweren Landfriedensbruchs erhoben hat. Er soll per Lautsprecher zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen haben. König bestreitet das.

Die Anklage sei ein falsches Signal für die Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren, sagte Thüringens SPD-Fraktionschef Uwe Höhn. Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft, beispielsweise bei der Durchsuchung von Wohnung und Diensträumen des Pfarrers mit 34 Beamten im Sommer, sei fragwürdig, sagte die Fraktionschefin der Grünen, Anja Siegesmund.

In der Erklärung heißt es: „Es ist ... der Eindruck entstanden, dass die sächsischen Behörden dem linken Auge mehr zuneigen als dem rechten." Der Linken-Fraktionsvorsitzende Bodo Ramelow sagte, Bürger dürften nicht abgeschreckt werden, „Gesicht zu zeigen gegen braunen Ungeist". Es müsse auch 2012 in Dresden einen breiten Protest geben, wenn Neonazis aufmarschieren.

Zu den Unterzeichnern der Erklärung gehören die Oberbürgermeister von Erfurt, Jena, Weimar und Gera, Andreas Bausewein, Abrecht Schröter, Stefan Wolf und Norbert Vornehm sowie Thüringens Wirtschaftsminister Matthias Machnig (alle SPD).

Auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion im sächsischen Landtag, Martin Dulig, unterschrieb.

Zunächst war gegen König wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ ermittelt worden. Dieser Vorwurf wurde jedoch im August fallengelassen. Polizisten aus Sachsen hatten am 10. August die Wohnung des Pfarrers durchsucht und neben einem Lautsprecherwagen auch den Computer und Schriftstücke beschlagnahmt.

Wie die DNN berichtet hatte, erhebt die Staatsanwaltschaft vor dem Amtsgericht Dresden Anklage gegen den Pfarrer wegen schweren Landfriedensbruchs. Er soll zu Gewalt aufgerufen haben.

© DNN-Online, 16.12.2011, 15:00 Uhr

<http://www.dnn-online.de/dresden/web/regional/politik/detail/-/specific/Nach-Anklage-gegen-Pfarrer-Lothar-Koenig-Thueringer-Fraktionschefs-kritisieren-saechsische-Justiz-2911035534>

Radio Dresden

Demos zum 13. und 18. Februar 2012 werden vorbereitet

"Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe" - unter diesem Motto ruft die in diesem Jahr gegründete AG 13. Februar an dem Gedenktag zu einer Menschenkette auf, beginnend am Altmarkt 17 Uhr.

Am 18. Februar soll es eine politische Kundgebung gegen Rechtsextremismus geben. Wann und wo diese sein wird, hängt davon ab, wo die Demo der Rechtsextremen verlaufen wird. Die Gegenveranstaltung soll aber in Hör- und Sichtweite stattfinden, so die AG.

Zu der Arbeitsgemeinschaft gehören die Stadt Dresden, Vertreter aus Wirtschaft und Kultur sowie der Kirchen und der jüdischen Gemeinde.

Ein Blockierer von den Demos im vergangenen Jahr ist freigesprochen worden, teilte das Bündnis Dresden Nazifrei mit. 1.700 Menschen hatten am 19. Februar an der Fritz-Löffler-Straße mit einer Sitzblockade gegen die Neonazidemo demonstriert.

<http://www.radiodresden.de/nachrichten/die-nachrichten-fuer-leipzig/demos-zum-13-und-18-februar-2012-werden-vorbereitet-499220/2/>

Radio PSR

Dresdner haben Motto für Aktionen gegen Rechts

15.12.2011, 14:51 Uhr

Die Aktionen gegen Rechtsextremismus und Gewalt am 13. und 18. Februar nächstes Jahr in Dresden haben eine gemeinsame Überschrift. Unter dem Motto "Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe" soll es wieder eine Menschenkette um die Altstadt und knapp eine Woche später eine zentrale

Kundgebung aller Demokraten geben. Das hat die AG 13. Februar beschlossen. Die Arbeitsgruppe organisiert mit allen gesellschaftlichen Gruppen und parteiübergreifend den Dresdner Protest gegen die alljährlichen Nazi-Aufmärsche. http://www.radiopsr.de/1610497/Nachrichten/2641756/Dresdner_haben_Motto_fuer_Aktionen_gegen_Rechts.html

BILD, Ausgabe Dresden

Urteil des Amtsgerichts 1. Freispruch für Sitzblockierer!

Von *BERNHARD SCHILZ*

Dresden – **Unglaublich! Freispruch im ersten Sitzblockierer-Prozess.**

Dieses Urteil des Amtsgerichts hat garantiert Symbolwirkung! Das linke Bündnis „Nazifrei“ feierte den Entscheid bereits als Legitimierung der [Sitzblockaden](#).

Karsten S. (41) sollte 450 Euro Strafe zahlen, weil er auch nach der dritten Aufforderung den Fritz-Löffler-Platz nicht räumte. Dagegen legte der Lehramtsstudent Widerspruch ein und hatte Erfolg.

Er hatte zwar eingeräumt, gegen Nazis demonstriert zu haben. „In den Polizeikessel bin ich aber gegen meinen Willen geraten“, sagte er.

Richter Thomas Hassel (48) sprach den Angeklagten frei: „Es gab keine Beweise, dass er überhaupt wissentlich und willentlich blockiert hat und es ist nicht auszuschließen, dass er einfach in die Polizeiumschießung hineingeraten ist.“

Das Urteil sei aber kein Freibrief. Der Richter sagt: „Blockaden bleiben eine strafbare Handlung. Die in diesem Einzelfall nicht nachgewiesen werden konnte.“ Eine Watsche für die [Polizei](#).

Denn die konnte die Tat nicht belegen, das lag auch an der fehlenden Video-Dokumentation der Blockadeaktion. Dresdens Polizeipräsident Dieter Kroll sieht die Entscheidung gelassen: „Wir haben so gut wie möglich gearbeitet.“

Übrigens: Nächste Woche fällt das Urteil im zweiten Sitzblockierer-Prozess gegen Student Daniel H. (22).

Der Staatsanwalt fordert gerade einmal 150 Euro Geldstrafe – auf Bewährung! Gut möglich, dass es aber wieder ein Freispruch wird.

<http://www.bild.de/regional/dresden/amtsgerichte/erster-freispruch-fuer-sitzblockierer-21589746.bild.html>

Mitteldeutscher Rundfunk

Dresden: "Mit Mut, Respekt und Toleranz" gegen Nazi-Aufmärsche

Unter dem Motto "Mit Mut, Respekt und Toleranz - Dresden bekennt Farbe" wollen die Dresdner am 13. und 18. Februar gegen die Neonazi-Aufmärsche in der Stadt

protestieren. Wie das Gremium mitteilte, wurde der Slogan von einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe aus knapp 100 Einsendungen kreiert. Der Chef der Landeszentrale für Politische Bildung, Frank Richter sagte dem MDR, die Dresdner und ihre Gäste bräuchten Mut, um an beiden Tagen auf der Straße Farbe zu bekennen gegen rechtsextremes Gedankengut. Respekt und Toleranz seien innerhalb der demokratischen Kräfte nötig, um trotz unterschiedlicher Ansichten gemeinsam ein Zeichen gegen Rechtsextremismus setzen zu können.

Erinnern und Gedenken am 13. Februar

Für den 13. Februar ist wieder eine Menschenkette geplant, wobei die Teilnehmer erneut eine weiße Rose tragen. An diesem Tag steht das Erinnern und Gedenken im Vordergrund. Dresdens Altstadt war am 13. Februar 1945 bei Luftangriffen der Alliierten zerstört worden.

Die genaue Zahl der Todesopfer ist nicht bekannt, liegt nach Erkenntnissen von Wissenschaftlern zwischen 22.000 und 25.000 Menschen. Rechtsextreme missbrauchen seit Jahren die Trauer um die Toten für ihre politischen Zwecke.

Arbeitsgruppe ruft nicht zu Blockaden auf

Die Stadt rechnet derzeit damit, dass Neonazis am 18. Februar aufmarschieren werden. Für diesen Tag ist eine Großkundgebung in Hör- und Sichtweite der Rechtsextremen geplant. "An diesem Tag wehrt sich die Stadt gegen Rechtsextremismus und Gewalt", erklärte Richter. Demokratische Parteien, Vereine, Verbände und Kirchen wollen gemeinsam ein Zeichen gegen Rechts setzen. Richter betonte, man rufe aber nicht zu Blockaden der Neonazi-Aufmärsche auf.

Unter Federführung des Bündnisses "Dresden nazifrei" wurden in der Vergangenheit die Aufmärsche der Neonazis blockiert und damit letztendlich verhindert. In diesem Jahr eskalierte die Situation, bei den Einsätzen und Blockaderäumungen am 19. Februar wurden nach Angaben des sächsischen Innenministeriums mehr als 100 Polizisten verletzt. Linksextreme bewarfen die Beamten mit Steinen und Feuerwerkskörpern. Gerichte hatten zuvor die Neonazi-Märsche für rechtens erklärt.

Zuletzt aktualisiert: 15. Dezember 2011, 22:14 Uhr

<http://www.mdr.de/sachsen/dresden/mottogedenken100.html>

Motto für Protest gegen Neonazi-Demo steht – Video-Beitrag Sachsenspiegel

<http://www.mdr.de/sachsenspiegel/video29978.html>

Morgenpost, Ausgabe Dresden

13. Februar: Neues Motto für die Demos

Gemeinsamer Demo-Aufruf und ein neues Motto: Die AG 13. Februar stellte gestern neue Ergebnisse ihrer Arbeit vor. Die Menschenkette am 13. Februar startet um 17 Uhr am Altmarkt. Eine Stunde später soll die Kette zwischen Augustusbrücke, Postplatz, Dr.-Külz-Ring, Carolabrücke und Königsufer geschlossen sein. Am 18.

Februar wird in Sicht- und Hörweite der Nazis demonstriert – unter dem Motto: „Mit Mut, Respekt und Toleranz – Dresden bekennt Farbe“.

Unterdessen wurde am Amtsgericht ein erster mutmaßlicher Blockierer vom 19. Februar 2011 freigesprochen. Zwar wurden von dem Lehrer (40) aus Berlin seiner Zeit die Personalien notiert. Es blieb aber unklar, ob er die ganze Zeit bei der Blockade war.
